



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/VII/100 - 30.4.1952

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 376 54-59
Fernschreiber 039 890

Sowjetische Auslegung der deutschen Souveränität	S. 1
Die USA und die arabischen Länder	S. 3
Haupt-"Quartier" Bad Oeynhausen	S. 5
Teure Sowjetgeschenke	S. 7

Eiertanz um "Nationalarmee"

Von Willy Brandt, MdB, Berlin

Es hat einiger Wochen bedurft, um die Kommunisten in der Frage der von den Sowjets vorgeschlagenen "Nationalarmee" wieder auf Vordermann zu bringen. In der Ostzone und in Ostberlin war es zu einer Serie deutlicher Meinungsäußerungen gekommen, als der neue Text verkündet wurde. In der westdeutschen KP gab es mehr als eine Funktionärversammlung, auf der von einer "Wendung um 180 Grad" gesprochen wurde. Das Düsseldorfer Zentralorgan "Freies Volk" mußte sich selbst attestieren, daß es einen Eiertanz aufgeführt habe.

Inzwischen liegen nun einige Artikel vor, in denen versucht wird, die "militärischen Leitsätze" der Sowjetnote in einen größeren Zusammenhang einzuordnen. "Neues Deutschland" hat einen Geschichtsprofessor der Berliner Lindenuniversität bemüht. In der westdeutschen KP-Presse zirkuliert ein Aufsatz über die "Leitsätze und einige Genossen, die sie nicht verstanden". Die Argumentation stimmt so sehr überein, daß eine generelle Sprachregelung angenommen werden darf.

In Übereinstimmung mit den Auffassungen, die die Vertreter der Sowjetunion bei verschiedenen Gelegenheiten auch vor den UN vertreten haben, setzte sich kürzlich Professor Kamnitzer für

das Prinzip der uneingeschränkten, "vollen" Souveränität ein. Er folgert, daß diese "Vollsoveränität" auch durch das Selbstbestimmungsrecht über die Sicherheits- und Verteidigungsorgane zum Ausdruck kommen müsse. Daß die Kommunisten auf einem geschichtlich überholten und durch ihre eigene Politik auch nicht andeutungsweise bestätigten Souveränitätsprinzip herumreiten, entbehrt nicht eines gewissen Reizes, hat aber für die Deutung der sowjetischen Politik zunächst mehr theoretische als praktische Bedeutung.

Interessanter wird es schon, wenn es Kamnitzer als einen besonderen Beweis der erstrebten Souveränität hinstellte, daß eine deutsche Nationalarmee auch in Bezug auf Ausrüstung und Bewaffnung vom Ausland völlig unabhängig sein sollte. Auch das Bündnisverbot, durch das die Entscheidungsfreiheit einer gesamtdeutschen Regierung entscheidend eingeengt würde, erscheint in der kommunistischen Auslegung als ein Ausdruck besonderer Selbständigkeit. Besonders wenig vertrauensenerweckend aber nimmt sich jener Teil des partei-offiziellen Kommentars aus, in dem angekündigt wird, daß die Streitkräfte eines wiedervereinigten Deutschland "den Charakter einer wirklich nationalen volksverbundenen Verteidigungsarmee" besitzen würden.

Der in der westdeutschen KP-Presse zirkulierende Text spricht davon, daß eine Regelung in der Richtung der sowjetischen Vorschläge zu einer "Entspannung der internationalen Lage, zur Sicherung des Friedens in Europa und zu einer bedeutenden Festigung des Friedens in der ganzen Welt" führen würde. Und Professor Kamnitzer meint sogar, was besonders paradox wirkt, eine Verstärkung über Deutschland auf dem Boden der "nationalen Souveränität" würde Verhandlungen über eine allgemeine und allseitige Abrüstung mehr Aussicht auf Erfolg geben als bisher.

Diese Argumentation macht sichtbar, daß der sowjetischen Außenpolitik weiterhin daran gelegen ist, die Verhandlungstür offen zu lassen. Nach den Erfahrungen der vergangenen Jahre bedürfte es allerdings mehr als einiger propagandistischer Ebertänze, um an eine echte Chance der Verständigung glauben zu können. Immerhin sollte die über den deutschen Rahmen hinausreichende Auslegung des Sowjetnotens ein zusätzlicher Grund dafür sein, daß durch die Westmächte jede nur mögliche Klärung der sowjetischen Absichten erstrebt wird. Und daß die deutsche Politik nichts unterläßt, um ihrerseits zu einer solchen Klärung beizutragen.

Eine wunde Stelle in der USA-Außenpolitik

Von einem gelegentlichen Mitarbeiter

Noch vor kurzem hatten die Vereinigten Staaten in der UNO die unbestrittene Führung. Sie brachten das Wunder zuwege, verschiedene Länder oder Ländergruppen mit weit auseinander strebenden Interessen auf einer gemeinsamen Plattform zu vereinigen. In allen entscheidenden Abstimmungen - etwa in der Korea- oder Deutschlandfrage - konnten sich die USA auf eine solide Mehrheit verlassen. Die moralische Autorität, die die USA als gute Sachwalterin der in der UNO niedergelegten Grundsätze erwarben, weist heute bedenkliche Risse auf. Die lateinamerikanischen Länder und der arabisch-asiatische Staatenblock, ein gutes Drittel der UNO-Mitglieder, gehen immer mehr eigene Wege; die Führung innerhalb der UNO droht den USA aus den Händen zu gleiten.

Das Dilemma, vor dem die USA-Außenpolitik steht, ist doppelter Natur und verträgt an sich keinen Kompromiß. In ihrem Bemühen, eine möglichst effektive Abwehr gegenüber der sowjetischen Expansionsdrohung aufzubauen, stützen sich die USA auch auf Staaten, deren durch Kolonialtradition belastete Politik auf tiefstes Mißtrauen bei den Völkern stößt, die den sowjetischen Verlockungen am ehesten ausgesetzt sind.

Um Frankreich nicht zu verärgern, enthielten sich die USA im Sicherheitsrat der UNO bei der Klage der arabischen Staaten über die französische Tunesien-Politik der Stimme; damit fiel die Klage durch. Die USA retteten zwar die Freundschaft Frankreichs, die sie gerade jetzt, wo die Verträge über die europäische Verteidigungsgemeinschaft vor dem Abschluß stehen, nicht auf's Spiel setzen wollen, heimsten dafür aber Mißtrauen und wachsende Gegnerschaft der arabisch-asiatischen Staaten ein. Die Vereinigten Staaten sind selbst ein Produkt der Revolution. Ihre Geburtsurkunde trägt den Stempel des Aufstandes gegen die britische Vorherrschaft. Seit den Tagen Washingtons verfolgten die USA alle Bestrebungen nach Unabhängigkeit kolonialer oder halbkolonialer Völker mit Sympathie und oft auch mit Waffen. Noch im zweiten Weltkrieg sah Roosevelt im britischen Kolonial-Imperialismus ein Hemmnis für die Befriedung der Welt; hier traf er sich mit Stalin, der, wenn auch aus ganz anderen Gründen, die Zerstörung der Kolonialreiche auf seinem Programm hat.

Ein Nachklang der anti-kolonialen Tradition der USA war der

Appell, den das Mitglied des Obersten Gerichtshofes der USA, Richter William O'Douglas kürzlich vor einer Konferenz in Washington über die internationale, soziale und wirtschaftliche Entwicklung an die dort versammelten weißen und farbigen Staatsmänner richtete. Er sagte:

"Man kann nicht ein feudales System zu retten versuchen, wenn man den heutigen Konflikt überleben will. Das geht nicht - nicht einmal, wenn man den ganzen Reichtum Amerikas und alle seine Atombomben dazu verwenden würde. Das Punkt-Vier-Programm der amerikanischen Hilfe für die wirtschaftlich unterentwickelten Länder dieser Erde muß durch einen fünften Punkt ergänzt werden. Punkt fünf heißt: Bauernrevolutionen gegen die feudalen Landherren Asiens. Amerika soll nicht nur seine Wirtschaftshilfe und sein technisches Können exportieren, sondern auch die revolutionären Ideen seiner Unabhängigkeitserklärung des Jahres 1776. Nur wenn wir den von der Armut geplagten, von Feudalherren geschundenen Millionen Asiens gleichzeitig mit der technischen und wirtschaftlichen Hilfe auch die revolutionären Ideen des sozialen Fortschrittes zur wahren Demokratie bringen, werden wir die kommunistische Flut aufhalten können".

Was Richter Douglas, kein wilder Revolutionär, für Asien sagte, gilt auch für Afrika. Der Glaube der arabischen Völker an die USA als eine Fortschrittsmacht ist heute jedoch erschüttert. Im unheiligen Bündnis der Vereinigten Staaten mit der französischen Kolonialmacht sehen diese Völker einen Verrat von Grundsätzen und Ideen, denen die USA selbst ihren Ursprung verdanken. Das Geheimnis der amerikanischen Macht liegt, wie Präsident Truman in einer Botschaft an die unentwickelten Gebiete der Welt verkündete, im Weiterwirken der amerikanischen Revolution, einer Revolution, die das amerikanische Volk vor 180 Jahren aus der britischen Zwangsherrschaft löste und Energien freigab, die die USA zu dem machten, was sie heute sind. Die noch unter Kolonialherrschaft stehenden Völker sehen in dieser Revolution ihr Vorbild, Inder und Indonesier beriefen sich auf sie, als sie ihre Unabhängigkeit von Briten und Holländern ertretzten.

Die amerikanische Haltung gerade in der Tunesien-Frage hat auf die arabisch-asiatischen Länder schockierend gewirkt. Ihre nationalen Ansprüche kommen in Konflikt mit den politisch-strategischen Bedürfnissen der Vereinigten Staaten. Die Rücksicht auf die nationale Empfindlichkeit dieser Länder dürfte die USA-Delegation im Sicherheitsrat zu dem ungewöhnlichen Schritt in Washington bewegen haben, die tunesischen Wünsche nach Unabhängigkeit, hinter denen die ganze arabische Welt steht, nicht in den Wind zu schlagen. Auf die Dauer können sich auch die mächtigen USA nicht die Brückierung einer Stützengruppe leisten, die durch ihre geographische Lage und ihre Ölquellen eine Schlüsselstellung im kalten Krieg einnimmt.

Das Hauptquartier im Gichtbad

Kur- und Pensionshäuser "out of bounds to Germans"

Einige Stichworte über das weltberühmte Bad Oeynhausen, die Stadt ohne Stufen an der Porta Westfalica: Heilbad, 10000 Einwohner, Höhenlage 71 m, in Land Nordrhein-Westfalen. Kurmittel: Kohlensäurereiche Thermalquellen für Bade- und Trinkkuren, sulfatische und reine Solquellen für Bade- und Inhalationskuren, Chlorkalziumquelle für Trinkkuren. Hauptheilanzeigen: Herz, Nerven, Rheuma, Gelenke (Gicht), Katarrhe der Atemwege. Balneologisches Forschungsinstitut, Inhalatorium, Sanatorium, Kinderheim, Freibad. Alles zur Zeit beschlagnahmt.

Kurzum, Oeynhausen, für Generationen von Kranken, die sich nur im Rollstuhl bewegen, einst letzte Hoffnung auf Genesung oder Linderung, ist seit sieben Jahren Hauptquartier der Rheinarmee der britischen Besatzungsmacht. Der Jordansprudel, größte Thermalquelle Europas, mit einer Springhöhe von 42 m und einer Schüttung von 7000 l je Minute, ist noch immer "property of 219 DOR". Unbefugten ist "Jegliche entnahme verboten". Es gibt fast nichts, was hier nicht verboten ist. Es gibt auch nichts, was nicht beschlagnahmt wäre.

Wie Stadtdirektor Dr. Lawin errechnete, ist durch diese Zweckentfremdung zu Gunsten eines Hauptquartiers, dessen Armee an den Rheinflüssen verteilt ist, ein Schaden von über 40 Mio M entstanden. 913 Wohngrundstücke, Fremdenheime, Hotels und andere Einrichtungen, 65 Grundstücke der öffentlichen Hand, darunter sämtliche Kirchen und Schulen, sind seit 1945 beschlagnahmt. 6500 Einwohner wurden zwangsweise evakuiert, ihre sämtlichen Einrichtungsgegenstände mußten sie zurücklassen. Dr. Lawin hofft nun in die Endrunde gegen diesen Anachronismus im Zeitalter der europäischen Verbrüderung zu gehen. Er hat Sir Ivone Kirkpatrick schlicht gebeten, seine Rheinarmee allmählich ihr Ersatzhauptquartier beziehen zu lassen, mit dessen Bauvorschlägen die Stabschefs sich bereits einverstanden erklärten und für das der Bund nicht weniger als 5,5 Mio M Baukostenzuschuß zugesagt hat.

Es war schon eine "Sensation", als Mitte Januar d.J. die Engländer daran gingen, die Stachelndrahtverhaue, die ihre Wohn- und Dienstreservate von denen der Eingeborenen trennten, zu entfernen. Es hatten sich zu viele Durchreisende der stark frequentierten D-Zugstrecke Düsseldorf-Bielefeld, Hannover-Braunschweig-Berlin

darüber beschwert, daß von der Idylle Oeynhausens im Vorbeifahren eigentlich nur ein toter Bahnhof, eine Handvoll Deutsche, sonst aber fast nur Stacheldraht, rasende Jeeps, sich auf den Hausdächern sonnende Engländer, auf den Bürgersteigen galoppierende Offizierspferde und im Putz sichtlich verkommene, gardinenlose Pensionshäuser und -villen zu bemerken seien.

Der Stacheldraht ist fort. Aber für die Handvoll Engländer, die hin und wieder als Urlauber einem Zuge entsteigen, steht der ganze Oeynhausener Bahnhof mit Wartesälen, Fahrkartenschaltern, Kiosken und Halle zur Verfügung. Die anderen müssen sich hintenherum durch einen muffigen Tunnel ins Freie oder auf den Bahnsteig drücken. Oeynhausener Schwerkranken sind ihre gemeindeeigenen Hospitäler versperret; 10 km vom Ortsrand entfernt müssen sie in eine Baracke gelegt werden. Kurpark, Wandelgänge, Kindergärten, Badeanstalten sind "out of bounds to Germans". Aber die Engländer verlieren sich in diesen mit beleidigenden Schildern blockierten Anlagen, mit deren Hilfe die Stadt früher im Jahr 6 Mio Mark umsetzte, die von etwa 25000 Kurgästen aufgebracht bzw. auch für sie benötigt wurden. 3500 Betten standen ihnen früher zur Verfügung, und zwar in ungefähr 180 Fremdenheimen, Hotels und Gaststätten. Die Zahl der beschlagnahmten Grundstücke macht fast die Hälfte aller Oeynhausener Grundstücke aus. Ganze 400 Betten sind jetzt für Kurzwecke "freigegeben". Aber kann man es jemandem übelnehmen, wenn er sich in einem Bad nicht wohlfühlt, das von Verbots- und Erlaubnistafeln gespickt ist wie eine kurvenreiche Landstraße?

Bad Oeynhausens ist eine tote Stadt, ein peinlicher Flecken auf der Uniform des britischen Alliierten. 6500 Oeynhausener wurden in umliegende Dörfer gesteckt. Seit sieben Jahren hausen sie dort. Manchmal fahren sie "rein", ins Bad. Dort spüren sie um den Wirtshaussaal des Siel-Restaurants herum, den Möbelfriedhof, wo sie von ihren zurückgelassenen Sachen das eine oder andere Stück wiedererkennen möchten. Viele wären schon damit zu versöhnen, wenn sie wieder in ihre alten Wohnungen und Häuser könnten. Neben dem Ersatzhauptquartier mit der Bundesbeihilfe hat die Stadtverwaltung selbst Milderungspläne entworfen. Einer davon sieht die Schaffung eines eigenen englischen Büroviertels vor. Wenn es akzeptiert und von den Stäben bezogen würde, wären mit einem Schlage 85 Pensionen frei. Das könnte man immerhin einen Anfang nennen. Aber es rührt sich noch nichts Versöhnliches in Bad Oeynhausens. Die Pferde traben weiter bis vor die Haus- und Villeneingänge der Stadt ohne Stufen, und die Kirchenglocken läuten nur für die Sieger von einst. Auch die erzenen Rufer der Gotteshäuser sind "out of bounds to all Germans", selbst wenn diese sich zum Sterben legen oder den Gang zur letzten Ruhe antreten.

H.K.

+ + +

- 7 -

Teuere Sowjet-"Geschenke"

(sp) Die Sowjets haben, zugleich mit der üblichen Propagandaaktion, verkündet, daß 66 sogenannte SAG-Betriebe im Laufe des Monats Mai an die Regierung der DDR zurückgegeben werden. Das entscheidende Motiv für die Rückgabe in diesem Augenblick ist der Versuch, der westdeutschen Öffentlichkeit einen Beweis für die sowjetischen "Freundschaftsgefühle" für das deutsche Volk zu liefern. Dabei ist diese sowjetische Maßnahme nicht einmal eine teilweise Wiedergutmachung eines dem deutschen Volke in den Jahren 1945/46 zugefügten Unrechts. Sie ist ein kaltes, nüchternes Geschäft.

Man darf nicht vergessen, daß diese SAGs im Jahre 1946 zu Preisen von 1944 und bei Nichtanzrechnung aller bereits abgeschriebenen Werte als SAGs in sowjetischen Besitz überführt wurden. Sieben Jahre arbeiteten diese Betriebe ausschließlich für sowjetische Interessen. Allein im Jahre 1951 wurde ein Reinertrag der SAGs in Höhe von 1,218 Mrd. M an die Sowjetunion abgeführt und 492,12 Mio M mußten aus dem Haushalt der Sowjetzone an die Garantie- und Kreditbank für Zwecke der SAGs abgeführt werden. Nun aber wurden alle Werke einer Neubewertung unterzogen, und die DDR wird sie zu diesen Tagespreisen zurückzuerwerben müssen. Fürwahr, ein teures Geschenk, von dem außerdem niemand weiß, wie lange der "Schenker" es Deutschland überläßt.

Die jetzige Rückgabe bringt der DDR keine wesentliche wirtschaftliche Veränderung. Sie bedeutet nicht mehr als das Sinken des Anteils der Produktion der SAGs an der Gesamtproduktion der Sowjetzonenwirtschaft von 27 v.H. auf 20 v.H. Darüber hinaus haben und behalten die Betriebe ihre gewaltigen Reparationsauflagen, die sie nach wie vor zu Preisen von 1944 erfüllen müssen, bei Unkosten zu Tagespreisen. Ihre Produktion geht auch weiterhin der deutschen Volkswirtschaft verloren. Die Betriebe der Schwerindustrie und damit die reinen Rüstungsbetriebe haben die Sowjets auch weiterhin in ihrer Hand zurückbehalten.

Die kommunistische Propaganda bezeichnet die Rückgabe der 66 SAGs als eine "Anerkennung der Souveränität des deutschen Volkes durch die Sowjetunion". Auch in Zukunft wird nicht weniger als ein Fünftel der Sowjetzonenwirtschaft unmittelbar unter sowjetischer Regie stehen und die Satellitenrolle, die die DDR in dem vom Kreml beherrschten Machtblock zu spielen hat, kennzeichnen.

Verantwortlich: Peter Rannau

In Hessen hat der Wähler das Wort

Von Wenzel J a k s c h , Leiter des hessischen Flüchtlingsamtes

Am 4. Mai wählt Hessen seine Gemeinde- und Kreisparlamente. Das politische Schwergewicht des Landes liegt nördlich der "Main-Linie". Zwei Drittel der Bevölkerung sind Protestanten. In der politischen Entwicklung des Landes spielt das protestantische Unbehagen über die Vorrangstellung des rheinischen Katholizismus in der Bundesregierung eine wesentliche Rolle. Die hessische FDP unter der Führung von Martin B u l e r hat sich jedoch im Gegensatz zur DVP Baden-Württemberg völlig mit Bonn gleichgeschaltet. Die Kampffronten der Landespolitik sind daher mit jenen der Bundespolitik identisch.

Die alte Reichsstadt Frankfurt /Main hat die ihr zugefügte Kränkung bei der Wahl der Bundeshauptstadt noch nicht überwunden. Dadurch gewinnt die Auseinandersetzung mit Bonn einen starken lokalpolitischen Einschlag. Der Bundesverkehrsminister Seeborn hat bei dem Versuch, die welfische DP in Hessen einzubürgern, auf den Eigenwillen dieses mittelstarken und fortschrittlichen Bundeslandes ebenfalls wenig Rücksicht genommen. Sein Bestreben, Frankfurt /Main aus dem Wettbewerb um den Sitz der deutschen Lufthansa von vornherein auszuschalten, hat den Verdacht einer Bonner Ranküne gegen die Main-Metropole nur verstärkt. Den offenkundigen Mangel an Bodenständigkeit glaubt die DP durch das Herausstellen ehemaliger NS-Oberbürgermeister - wie des früheren Frankfurter Stadtgewaltigen Dr. K r e b s - ausgleichen zu können. Sie konkurriert dabei mit einigen kleineren Rechtsgruppen wie dem "Nationalen Block" oder der "Deutschen Union" um die Stimmen der Unbelehrbaren.

Die SPD konnte in diesem Wahlkampf auf erstklassige kommunalpolitische Leistungen in Stadt und Land hinweisen. Besonders in den schwer angeschlagenen hessischen Städten Darmstadt, Hanau, Offenbach, Frankfurt und Kassel sind wahre Aufbauwunder vollbracht worden. Beim organisatorischen Aufmarsch für die Kommunalwahlen marschierte die SPD an der Spitze, indem sie in allen 48 Stadt- und Landkreisen ihre eigenen Kandidaten präsentierte. FDP und CDU treten unabhängig in je 38 Stadt- und Landkreisen auf - der BHE in

39. In 16 Kreisen kandidiert ein Bürgerblock. Daß die Kommunisten sogar in 41 Stadt- und Landkreisen auftreten, besagt mehr die organisatorische Rührigkeit ihrer Restbestände als deren politische Bedeutung.

Großes Interesse wird der Wahlentscheidung im hessischen Flüchtlingssektor entgegengebracht.

Im Zeichen der unbefriedigenden Lastenausgleichs-Vorlage hat sich die Enttäuschung der Heimatvertriebenen sehr stark auf die Bonner Regierungsparteien konzentriert. Der hessische BHE machte seit der Landtagswahl im November 1950, die er noch in Block-Verbindung mit der FDP durchfocht, eine bemerkenswerte Links-Entwicklung durch. Meldungen über eine bevorstehende Verbindung des BHE mit der sozialdemokratischen Mehrheit im Landtag wurden von dem Landesvorsitzenden Lothar K u n z zwar verneint, doch hält man es für möglich, daß sich aus dem positiven Verhältnis seiner Partei zur Regierung Zinn ein "koalitionsmäßiger Zustand" entwickeln könnte. In sieben Landkreisen kandidieren unabhängige Flüchtlingsgruppen, die ebenfalls die Vertriebenenpolitik der Landesregierung bejahen.

Damit zeichnen sich die Umriss einer breiten sozialen Front gegenüber der Bonner Regierungsmehrheit und dem aus Niedersachsen vorstoßenden Rechtsradikalismus ab. Die hessischen Wahlergebnisse des 4. Mai werden zeigen, inwieweit der Bonner Rechtskurs der konstruktiven Linken oder einem destruktiven Rechtsradikalismus zugute kommt.

+ + +
